

Stand: 26.06.2026 04:14:11

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/6742

"Wildunfälle auf Bayerns Straßen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/6742 vom 21.05.2015
2. Mitteilung 17/7228 vom 24.06.2015



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Markus Ganserer, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Wildunfälle auf Bayerns Straßen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umfassend über die zunehmenden Wildunfälle auf Bayerns Straßen in Verbindung mit der steigenden Rehwildpopulation und über mögliche Maßnahmen zur Senkung der Wildunfälle zu berichten.

Begründung:

Die Polizei in Bayern nimmt inzwischen jährlich rund 63.000 Wildunfälle auf, das sind 15.000 oder fast ein Viertel mehr als vor zehn Jahren. Wenigstens ein oder zwei Menschen sterben im Freistaat pro Jahr bei Wildunfällen, 500 bis 600 werden verletzt. Die Sachschäden gehen in die Millionen. Ungefähr 38.000 der aufgenommenen Wildunfälle, das sind deutlich mehr als die Hälfte, sind Zusammenstöße mit Rehen. Ihre Zahl ist binnen Zehnjahresfrist ebenfalls um etwa 25 Prozent gestiegen. In dem aktuellen Fachartikel "Temporal patterns of deer-vehicle collisions consistent with deer activity pattern and density increase but not general accident risk" (in: Accident Analysis & Prevention, Vol. 81, August 2015, S. 143 – 152) belegen Wissenschaftler, dass der Anstieg der Wildunfälle vor allem mit dem Anstieg der Rehwildpopulation in Bayern zu erklären ist, und nicht der permanent zunehmende Verkehr oder das immer dichter werdende Straßennetz die Hauptschuld daran tragen.



Mitteilung

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/6742

Wildunfälle auf Bayerns Straßen

Der Antrag mit der Drucksachennummer 17/6742 wurde zurückgezo-
gen.

Landtagsamt